

## **Integrationspolitik, demografisches Gleichgewicht und Kulturkampf**

Die Schweiz kann sich die luxuriöse Frage erlauben, ob und inwieweit das grosse Potenzial an relativ jungen immigrierten Menschen zur Entschärfung demographischer und sozialversicherungstechnischer Probleme aktiviert werden soll. Neben Luxemburg verfügt in Europa nur die Schweiz über ein Potenzial von über 22% Migrationsbevölkerung aus 200 Ländern. Die Frage wird bezeichnenderweise nicht primär über die Arbeitsmarkt-, Familien- oder Bildungspolitik thematisiert, sondern über die Integrationspolitik, also über einen Bereich, der erst seit wenigen Jahren in Form des Artikels 25a im Gesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung von Ausländern (ANAG) eine gesetzliche Erwähnung kennt und seit 1998 im neuen Ausländergesetz (AuG) enthalten ist.

Das ANAG diente seit 1931 vornehmlich der fremdenpolizeilichen Begrenzung der „Überfremdung“, also einer Strategie zur Eingrenzung des Migrations-Potenzials - quantitativ und qualitativ. Das Rotationsprinzip der Fremd- und Gastarbeiterpolitik sollte die dauerhafte Ansiedlung der Arbeitskräfte wie auch ihr sozialer Aufstieg defensiv steuern; ausländischen Studenten war es verboten, nach Studienabschluss in der Schweiz zu arbeiten. 1952 wurden im Bürgerrechtsgesetz die höchsten Einbürgerungshürden der zivilisierten Welt festgeschrieben (nur übertroffen von Andorra). Die Folgen dieser Rekrutierungs- und Segregationspolitik spüren wir heute u. a. im überdurchschnittlichen Anteil an sozial schwachen Migranten und dem riesigen Nachholbedarf an Integration für die nachgezogenen Mütter und Kinder. Die bilateralen Verträge haben inzwischen für die Mehrheit der Migrationsbevölkerung (aus den EU- und EFTA-Ländern) EU-kompatible Verhältnisse, d.h. überfällige Aufenthaltserleichterungen geschaffen. Für die Minderheit der „übrigen“ Migrationsbevölkerung (aus so genannten „Drittstaaten“) haben die Bundesbehörden das neue (AuG) ausgearbeitet.

Das neue Interesse an Integration und an demografischen Fragestellungen mag erstaunen, da die Demografie relativ zuverlässige Prognosen erarbeitet, auch wenn einzelne Wissenschaftler jede Zukunftsforschung für anmassend halten. Zumindest rückblickend sind die Tatsachen jedoch klar, der Beitrag der Migrationsbevölkerung an die Schweiz und der politisch-gesellschaftliche Umgang damit sind dokumentiert.

Politik und Öffentlichkeit haben die Fakten der sich verändernden Bevölkerungsstruktur lange verdrängt, bis sie jetzt im Zusammenhang mit der „Renten-Krise“ nicht mehr ignorierbar sind. Verantwortlich ist bezüglich dem ignorierten Beitrag der Migrationsbevölkerung am demografischen Ausgleich der „mentale Bewusstseinsstau“, verursacht durch die lange gepflegte Lebenslüge, wonach die Schweiz kein Einwanderungsland sei. Erst seit kurzem gibt es dazu ein bundespolitisches Bekenntnis, obschon die Fakten schon lange eindeutig und eigentlich Anlass zu nationalem Stolz sind.

Kein anderes europäisches Land hat eine derart lange und beeindruckende Verfassungs- und Immigrationsgeschichte wie die Schweiz. Mit der erfolgreichen Durchführung der bürgerlichen Revolution von 1848 – als einzigem Land in Europa – und der darauf einsetzenden Industrialisierung stieg der Anteil an Ausländer/innen von 3% 1850 bis 1911 auf 17%. Heute sind über 30% der Gesamtbevölkerung Immigranten oder haben einen Migrationshintergrund; die Migration hat die Schweizer Bevölkerung in den letzten 50 Jahren stärker geprägt als solche in klassischen Einwanderungsländern wie die USA, Kanada und Australien. In Basel wie in allen Grosstädten liegt der Anteil der Kinder aus immigrierten oder internationalen Familien bei 40-50%; die Hälfte aller Heiraten sind binational. Der relativ hohe Anteil an (durchschnittlich jungen) Ausländer/innen in der Schweiz spiegelt die grosse Wirtschaftskraft der Schweiz und die Bevölkerungsentwicklung jedes erfolgreichen Industrielandes bzw. Standorts für Wissen und Dienstleistung: Ein Drittel der Arbeit wird von Migrantinnen und Migranten geleistet, die einheimische Bevölkerung ist kinderarm, die Lebenserwartung hoch – Schrumpfung und Alterung sind die Folgen. Tatsache ist auch, dass die Zuwanderung die Schrumpfung trotz weiteren Liberalisierungen in Europa und global zunehmender Migration langfristig nicht ausgleicht, sowohl zahlenmässig als auch durch die nur wenig grössere Kinderzahl der Migrantinnen, so dass nur eine Strategie Antworten auf die Frage nach dem demographischen Gleichgewicht geben kann – die qualitative Komponente, die gedeihliche Entfaltung und Nutzung der bereits in der Schweiz lebenden Menschen, vom Baby bis zur Hochbetagten. Integration heisst so das Eingliedern aller Individuen in diese Gesellschaft. Die Nutzung des grossen Potenzials an Wissen, Arbeitskraft, Mitwirkungslust und auch an finanziellem Vermögen der Rentner/innen und Betagten ist dabei genauso wichtig wie der Abbau

entfaltungshemmender Diskriminierung gegenüber den (mehrheitlich jungen) Migranten. Es geht also allseitig um Deblockieren, Fördern und Fordern.

Integration wird im Integrationsleitbild des Kantons Basel-Stadt als „tatsächliche Herstellung der Chancengleichheit mit Zugang zu allen Statuspositionen“ definiert, als gegenseitiger Prozess des Gebens und Nehmens bzw. des Förderns und Forderns – verbindlich ab erstem Tag. Diese proaktive Politik ist inzwischen im neuen Basler Integrationsgesetz (2008) festgeschrieben und mit einer obligatorischen Optimierungsklausel versehen worden. Diese Integrationspolitik ist auf den Erfolg des einzelnen Individuums ausgerichtet und ausdrücklich nicht kulturalistisch; die Menschen werden also nicht nach Nation, Religion, Sprache oder anderen Merkmalen pauschalisiert und in gutgemeinten, aber undifferenzierten Projekten pseudo-integriert. Defizite, welche die Chancengleichheit beeinträchtigen, wie fehlende Sprachkenntnisse, nicht-anerkannte Diplome, ungenügende Informationen über die Angebote, fehlende soziale Kontakte etc., werden in Basel-Stadt durch Begrüssung, Information, Motivation und ausreichende Kurs-, Treffpunkt- und Beratungsangebote ab erster Stunde der Anmeldung angegangen. Zusätzlich sorgen weitergehende und nach-fassende Massnahmen in allen Lebensbereichen (Wohnen, Quartier, Schule, Arbeit etc.) für bestmögliches Nach-Erfassen und für Kontinuität im Integrationsprozess.

Dabei stehen neben der breiten Informations- und Motivationsarbeit die Förderungsprojekte für Kleinkinder, ihre Eltern sowie Bildungs- und Weiterbildungsprojekte im Vordergrund. Aber auch Mediations-, Nachbarschaftshilfe- und Begegnungsprojekte werden forciert, um die vergleichsweise junge Migrationsbevölkerung mit der relativ alten einheimischen Bevölkerung zusammen zu bringen und gegenseitige Hilfestellungen zu entwickeln. Das Potenzial beider Bevölkerungsgruppen ist riesig, Synergien warten lediglich darauf, entdeckt und genutzt zu werden.

Ein Beispiel aus der konkreten Konflikt-Mediation in Basel zeigt die Möglichkeiten exemplarisch auf: In den dichtbebauten Arbeiterquartieren aus der Gründerzeit leben überdurchschnittlich viele junge Migrantenfamilien und immobile betagte Einheimische, oft Witwen, da Frauen bekanntlich im Durchschnitt 7 Jahre länger leben als Männer. Mangels grosser Wohnungen fehlen Mittelstands-Familien fast

gänzlich, so dass eine eigentliche Entmischung stattfindet. Die klassische Reibung in Wohnblocks solcher Quartiere verläuft häufig über den Lärm, das heisst über die Nicht-Einhaltung der bei uns so wichtigen Mittags- und Nachtruhe-Zeiten.

Fussballspielende Kinder einer türkischen Familie (mit fehlender Sensibilität für die grosse Bedeutung der Regelkonformität im schweizerischen Zusammenleben) auf der einen Seite und die vereinsamte Schweizer Witwe (mit einem weit entwickelten Bedürfnis nach genauer Einhaltung sämtlicher Artikel der Hausordnung) auf der anderen Seite können sich das Leben schwer machen. Oder eben – wie in der Mediation geglückt, durch gedeihliche Lösung des Konflikts das Leben stark bereichern. Die Mediation hat der türkischen Familie die Bedeutung der Regelkonformität, dieser identitätsstiftenden Ordnungsliebe näher gebracht und die alltäglichen Vorteile dieser Regeltreue plausibel erklären können, und umgekehrt hat die Witwe konstruktiven Kontakt zur jungen Familie gekriegt, diese schätzen gelernt und schliesslich selber die Idee entwickelt, den Kindern Nachhilfe in Deutsch zu geben. Inzwischen hat die Witwe richtiggehend Familienanschluss gefunden und eine neue Aufgabe, die sie sichtlich aufblühen lässt.

In der heutigen stark mobilen, individualisierten und multioptionalen Gesellschaft betrifft Integration alle, Einheimische und Zugezogene. Die Frage nach der speziellen Integration der Ausländer stellt sich vor allem, weil die bisherige schweizerische Ausländerpolitik diese Kategorie durch Begrenzungsmaßnahmen und die höchsten Einbürgerungshürden erst zur mythisch geprägten Sonderfall-Kategorie entwickelt hat. In Anbetracht der Verlagerung der Einwanderung von Hilfs- zu Fachkräften, dem steigenden sozioökonomischen Status der Heiratspartner und der Öffnung innerhalb Europas wirkt die politisch motivierte Fortschreibung der „Wir-sind-kein-Einwanderungsland“-Lebenslüge von einzelnen Parteien und Medien vollends anachronistisch. Die rasche Integration aller legal Zuwandernden und die Nach-Integration aller bisher „Vergessenen“ inklusive den vereinsamten oder sozial schwachen Einheimischen sind die Erfolgsfaktoren zur Herstellung des (qualitativen) demographischen Gleichgewichts. Nicht simple Aufrufe zur Kinderzeugung und Heilserwartungen in zusätzliche Migrationsbewegungen schaffen Gleichgewicht (oder höchstens kurzfristig quantitativ), sondern die innovative Erschliessung des heute tatsächlich vorhandenen Potenzials der hier lebenden Menschen.

In Erinnerung sei gerufen, dass die einheimische Bevölkerung bereits seit Jahren schrumpft und altert, und sämtliche Schätzungen gehen davon aus, dass dank einem Einwanderungsüberschuss die Bevölkerung der Schweiz noch 10-20 Jahre leicht anwachsen und dann aber kontinuierlich abnehmen wird. Unbestritten ist, dass der Anteil der über 65jährigen weiterhin ansteigt. Der Ausländeranteil wird je nach Entwicklung der Einbürgerungsgesetzgebung in den nächsten Jahren noch leicht ansteigen und bis 2050 auf 13-18% sinken. Bereits heute erfüllt die Mehrheit der in der Schweiz lebenden Migrationsbevölkerung die Einbürgerungsbestimmungen, drei Viertel sind Niedergelassene, also Ausländer/innen, die abgesehen von den politischen Mitwirkungsrechten über die gleichen Rechte verfügen wie die Schweizer/innen. Die grosse Mehrheit der Niedergelassenen wird erfahrungsgemäss das ganze Leben in der Schweiz verbringen und sich schliesslich um die hier geborenen Enkelkinder kümmern. Die ängstliche Defensivpolitik gegenüber diesen Menschen in Form der höchsten Einbürgerungshürden und der Verweigerung der politischen Rechte schafft unnötigen Potenzialverlust und eine Schwächung der schweizerischen Gesellschaft durch eine künstliche Aufteilung. Als erstes sind deshalb alle Bestimmungen, welche Menschen von der Entfaltung und vollen Mitwirkung in der Schweiz hindern, abzuschaffen oder auf ein europakompatibles Minimum zu beschränken. Und gleichzeitig sind die Integrationsprogramme zu verstärken, wie sie heute in allen Städten und grossen Gemeinden zumindest im Ansatz vorhanden sind.

Da Integration im Interesse des demographischen Gleichgewichts die ganze Gesellschaft betrifft, lässt sie sich nicht von der Solidarität unter den Generationen oder der Eingliederung handicapierter Personen trennen. Der Handlungsdruck, der durch die Schrumpfung der berufsaktiven Altersgruppe entsteht, die sowohl die Sozial- und Bildungsleistungen für die jüngere wie die Renten für die älteren Generationen hauptsächlich zu finanzieren hat, verlangt nach umfassenden und kohärenten Lösungen. Es ist nicht solidarisch und einsichtig, dass das riesige schweizerische Volksvermögen, das heutzutage hauptsächlich von Hochbetagten an die jüngere Rentnergeneration vererbt wird, in einem Kreislauf ausserhalb der Jugend- und Familienförderung und der Renten-Mitfinanzierung zirkuliert. Mit der Abschaffung der Erbschaftssteuern in den meisten Kantonen geht die Entwicklung des Steuersystems in die falsche Richtung, - Erben kommen ohne Eigenleistung zu

Vermögen, während junge Familien unter der Besteuerung der Erwerbsarbeit und den hohen Krankenkassenprämien, Sozialabgaben und Mietzinsen ächzen. Das liberale Prinzip der Chancengleichheit wird damit missachtet. Wenigstens eine moderate nationale Erbschaftssteuer zur Mitfinanzierung der AHV drängt sich auf, als Akt der Solidarität innerhalb der dritten (jüngere Ältere) und vierten Generation (Hochbetagte) und zur Entlastung der zweiten, berufsaktiven Generation.

Zudem ist eine eigentliche Familien- und Jugendpolitik zu formulieren und umzusetzen. In keinem Land wirkt die deutsche Romantik derart hartnäckig nach wie in der Schweiz, - das verklärte Bild der allumsorgenden häuslichen Mutter ohne Erwerbsarbeit ist die zweite Lebenslüge der schweizerischen Politik. Migrantinnen aus den Industrie- und Schwellenländern wundern sich über dieses Land, das wirtschaftlich weit entwickelt ist, aber über keine öffentlichen Ganztages-Angebote für alle Kinder verfügt. Der Widerstand gegen eine moderne Familienpolitik mit einer Mutterschaftsversicherung, Ganztages-Angeboten für Kinder und massiver steuerlicher Entlastung der Familien ist ebenso irrational wie der Widerstand gegen die rasche Integration und Einbürgerung von Menschen, die ihr ganzes Leben in der Schweiz verbringen werden. Ohne Horte, Krippen und Ganztages-Kindergärten gibt es weder eine aktive Integration noch eine frühe Förderung der Kinder noch eine kluge Sozial- noch eine tatsächliche Gleichstellungspolitik. Jede Mutter und jeder Vater weiss, dass der Spracherwerb in den ersten Lebensjahren, also lange vor dem heute (noch) späten Eintritt in den Kindergarten mit 4 oder in die Primarschule mit 6-7 Jahren stattfindet. Wenn also gefragt wird, wie denn eine erfolgreiche Integrationspolitik auszusehen hat, dann lautet die Antwort: Erstens in der Abschaffung aller diskriminierenden Hürden und der zügigen Umsetzung der allseits bekannten Integrations-Massnahmen (Begrüssung, Information, Sprach- und Integrationskurse, Beratung, Treffen, Integrationsvereinbarungen etc.) und zweitens in der Realisierung einer modernen Familien- und Jugendpolitik. Ohne die entsprechenden Angebote für junge Familien und ihre Kinder bleibt Integration eine Sekundärpolitik, greifen alle Massnahmen indirekt und oft zu spät.

Die aktuellen und häufig thematisierten Probleme mit ungenügend sozialisierten Buben aus südlichen Ländern (Machismo), Probleme mit sprachlichen Defiziten, von motorischen Entwicklungsdefiziten bis hin zu gesundheitlichen Problemen wie

Übergewicht, Kinderdiabetes und Karies oder die politisch-medialen Trends zu Symboldebatten und Fundamentalismus sind typische Folgen romantisierender, weltfremder Politik, welche Ressentiments bewirtschaftet und die Kinderbetreuung trotz aller gesellschaftlich-wirtschaftlicher Veränderungen als reine Privatsache betrachtet. Diese noch weit verbreitete Politik ist vom alten Defizitansatz geprägt, der staatliches Handeln korrigierend und heilend versteht, zur (teuren) Bewältigung fehlgeleiteter Entwicklungen. Ein Beispiel: Fremdsprachige Hilfsarbeiter mit geringen Kenntnissen der Ortssprache sind stark gefährdet, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten als erste entlassen zu werden. In einer defizit-orientierten Politik werden sie nach der Entlassung auf Kosten der Arbeitslosenversicherung in den Genuss von Sprach- und Weiterbildungskursen kommen – aber erst nach der Entlassung, also nach Eintritt des Misserfolgs. Mit rechtzeitigen Sprach- und Weiterbildungsprogrammen können sich diese Berufstätigen zur Zeit weiter schulen und entfalten und so das Risiko einer Entlassung minimieren. Der soziale Aufstieg würde früh einsetzen, die Misserfolgspolitik des Defizitansatzes unterbrochen.

Der Verzicht auf innovative Angebote hinterlässt in der Realität enorme Problemfelder, die später, ab Kindergarten, mühsam und mit ungewissen Erfolgsaussichten in Form von Stütz- und Fördermassnahmen, medizinischen Eingriffen und Verhaltenstherapien aufwändig und soweit überhaupt noch möglich aufzufangen sind. Von diesen Lücken sind vor allem Kinder aus sozial schwachen Migranten- und Schweizer-Familien betroffen, zunehmend aber auch Einzelkinder aus allen Schichten. Schätzungen gehen davon aus, dass der Verzicht auf Ganztages- und Förderangebote für Kinder das Siebenfache der damit eingesparten Kosten in Form von Therapie- und Stützmassnahmen verursachen. Das unnötige menschliche Leid ist gekoppelt mit der fatalen Fehleinsetzung staatlicher Mittel.

Wenn also die Integrationspolitik in den Dienst der Standortentwicklung und des demographischen Gleichgewichts gestellt werden soll, gilt es konsequent den so genannten Potenzialansatz anzuwenden, in der Reihenfolge der Lebensabschnitte – zuerst für die jungen Familien und Kinder, wie das in vielen (integrativ erfolgreichen) Industrie- und Schwellenländern die Regel ist. Damit werden alle Kinder früh in Gruppen sozialisiert, geistig und körperlich gezielt gefördert, allfällige Entwicklungsprobleme früh erkannt und die Eltern eingebunden, zeitlich entlastet und die

Gleichstellung der Geschlechter tatsächlich unterstützt. Die Erwerbsarbeit ist für die Hälfte der Mütter eine normale Lebensform oder eine ökonomische Notwendigkeit. Interessanterweise haben zuerst die grossen internationalen Firmen die Bedeutung des Ganztages-Angebots für Kinder registriert und im Rahmen der Mitarbeiterinnen-Förderung und –Anbindung realisiert. Wo gerechnet wird, wird in die Menschen und ihr Potenzial investiert, wo Mythen gepflegt werden, sorgt eine Politik im Defizitansatz für Misserfolg und hohe Symptomkosten. Ein Betreuungsjahr (wegen fehlender Integration) in einem Kinderheim kostet pro Fall bis zu Fr. 150'000.- , damit liessen sich zwei Kindergärtnerinnen in Teilzeit finanzieren. Weil durch die Ganztages-Angebote für Kinder die Erwerbsquote der Eltern steigt (mehr Zeit-Flexibilität), rechnet sich die Einrichtung entsprechender Angebote für den Staat schon im ersten Jahr durch höhere Steuereinnahmen und geringeren Bedarf an Sozialleistungen. Mittelfristig liegt der volkswirtschaftliche Nutzen durch die Minimierung der Symptomkosten und die Entfaltung der motorischen, musischen und kognitiven Potenziale der Kinder bei Faktor 3-9, je nach sozialen Umständen und Berechnung.

Der zweite Politikbereich, der im Dienste des demografischen Gleichgewichts die konsequente Nutzung des Potenzialansatzes erfahren muss, ist die Bildung – als logischen zweiten Schritt nach der Familien- und Kinder-Förderung. Das „Pisa-Desaster“ hat die Mängel des schweizerischen Bildungssystems offen gelegt, den hohen Ausgaben stehen mässige Leistungen gegenüber. Schockierend war die Erkenntnis, dass das schweizerische Schulsystem soziale Unterschiede verstärkt und nicht etwa mindert, wie es das hehre Ziel jeder staatlichen Schule ist. Auch wenn nun versucht wird, die Studie zu relativieren, relevant ist, dass die nordischen Länder mit früher Einschulung und Ganztages-Schulen Spitzenresultate erreichen und die sozialen Unterschiede verkleinern. Der Verzicht auf solche erfolgreiche Angebote und die Vernachlässigung der Pflege der eigenen sprachlichen Vielfalt haben die Resultate stark beeinflusst. Zur Lebenslüge 1 „Wir sind kein Einwanderungsland“ und der Lebenslüge 2 „Die Schweizer Mutter ist erwerbslos und ganztags nur für die Kinder da“ gesellt sich bezüglich der Bildung die Verleugnung der schweizerischen Geschichte und Eigenart. Die grossartigen Tatsachen, dass die Schweiz sprachlich und religiös polykulturell ist, über unzählige Dialekte verfügt, 26 eigensinnige Kantone sich entfalten können, seit 150 Jahren starke Migration für zunehmende kulturelle Vielfalt sorgt und die ausgebaute direkte Demokratie und politische



Verständigungs-Kultur für eine Erfolgsgeschichte sorgten, gingen nach ein bis zwei Generationen des Wohlstands weitgehend vergessen oder wurden in den 70er-Jahren ersetzt durch die regressiv inspirierte Vernachlässigung der (deutschen) Standardsprache.

Die Geringschätzung der Sprachkompetenz als Grundlage der Verständigung in Bildung, (vielsprachigem) Staat und (globaler) Wirtschaft schlägt sich naheliegend zuerst bei den fremdsprachigen Kindern nieder, die sich – falls die frühe Sprachförderung in Ganztages-Strukturen ausbleibt – zwischen dem elterlich-heimatlichen und dem wohnörtlichen Strassen-Dialekt orientieren müssen und viel zu spät und halbherzig mit den Standardsprachen konfrontiert werden. Basel-Stadt hat auf den „Pisa-Schock“ mit einem umfassenden Sprachförderungs-Konzept reagiert, das in der Sprachförderung früh und konsequent ansetzen und den Reichtum an vorhandenen heimatlichen Sprachen fördern und nutzen will. Einmal mehr haben so genannte Ausländer-Probleme Systemfehler der Regelstrukturen angezeigt, die Diskussion über die durch Ausländerkinder angeblich gefährdete Schulqualität haben schlussendlich die grundsätzlichen Lücken und Vernachlässigungen aufgedeckt. Das Wieder-Anknüpfen an die einstmals staatspolitisch begründete frühe und gute Pflege der eigenen Standardsprache und der Landessprachen sowie neu des Englischen als globale Handelssprache ist die dritte dringende Leistung der Integrationspolitik - sowohl für Fremdsprachige wie für Einheimische.

Die relativ späte Einschulung und die langen Studienzeiten sind im Hinblick auf den demographischen Ausgleich ohnehin zu hinterfragen. Die polemische Frage drängt sich auf, ob die deutsche Romantik auch in diesem Bereich nachwirkt. Die Verlängerung der Adoleszenz bis in die Lebensmitte ist kein Witz mehr, sondern eine objektivierbare gesellschaftliche Entwicklung. Zu Zeiten unserer Grosseltern war spätestens mit 16 das so genannte Welschlandjahr üblich, um die Jugend abzuschliessen, die zweite Landessprache richtig zu lernen und „fremdes Brot zu essen“, was man heute als Aneignen interkultureller Kompetenz bezeichnen würde... Doch Spass beiseite, - frühe Einschulung, ein kompaktes Bildungsangebot, Lern-Aufenthalte in fremdsprachigen Ländern oder Landsteilen und ein absehbarer Einstieg ins Berufsleben mit möglichst guten Perspektiven lautet das Programm, das

gerade für Migrantenkinder vonnöten und attraktiv ist. Ein Umbau in diese Richtung gehört ebenfalls zur Herstellung des (qualitativen) demografischen Gleichgewichts.

Auch der Übergang ins Berufsleben und die lebenslange Weiterbildung sind auf den Potenzialansatz und die Basler Definition der Integration auszurichten: „Herstellung der tatsächlichen Chancengleichheit mit Zugang zu allen Statuspositionen“. Eine innovative Integrationspolitik eliminiert konsequent alle diskriminierenden Hürden und fördert den sozialen Aufstieg. „Heimatschutz“ für einzelne Berufsgruppen ist überholt, wettbewerbsfeindlich und diskriminierend. Mit dem Verzicht darauf steigt die Wertschöpfung sowohl bei den Migranten wie bei den Einheimischen und so der Beitrag der Berufstätigen an die Finanzierung der Altersrenten. Zudem verlangt die wirtschaftliche Entwicklung nach qualifizierten Fachkräften. Die Anzahl Stellen für Hilfskräfte sinkt ständig.

Noch ein Wort zur Migrationssteuerung, der Aufenthaltsregelung, der politischen Partizipation der Migranten und zur Einbürgerung. Diese vier Bereiche beherrschen die politische Agenda puncto Ausländerpolitik. Da das klare Bekenntnis der Bundesbehörden zum Migrationsland Schweiz noch fehlt, verlaufen die Debatten nicht im Rahmen eines klaren Gesamtkonzepts, sondern punktuell, parallel und von kleinen Schritten geprägt, aus Angst vor einem vermeintlich xenophoben Stimmvolk. Wo die Konzepte klar und kohärent sind, wie beispielsweise im Rahmen einer Verfassungs-Totalrevision, finden innovative Ansätze, auch zur politischen Mitwirkung der Ausländer/innen, durchaus auch Mehrheiten. Die Schweiz braucht ausgehend von der geradezu existenziellen Bedeutung der Migration ein modernes Migrationsgesetz nach kanadischem Vorbild, eine Aufenthalts- und Mitwirkungsregelung nach EU-Standards (kommunales Stimmrecht nach 5 Jahren), die Einbürgerungsmöglichkeit nach 8 Jahren (wie vom Bundesrat empfohlen) und eine ambitionöse, auf rasche Integration zielende Integrationspolitik, die im Migrationsgesetz verbindlich geregelt sein muss.

Will die Schweiz vom grossen Potenzial der hier lebenden Migranten und Migrantinnen profitieren, auch im Dienst des demografischen Gleichgewichts, sind zusammenfassend folgende Schritte zu tun:

- Der Bundesrat bekennt sich klar zum (erfolgreichen) Migrationsland Schweiz und legt ein kohärentes Gesamtpaket zur wirksamen Migrationssteuerung und raschen Integration vor. Konsequenz und Potenzialansatz sollen die Gesetze prägen: Liberale Steuerung und Aufenthaltsregelung, klare Leistungsziele mit Standards und Controlling, Berücksichtigung humanitärer Aspekte, harte Sanktionen gegen Missbräuche, gesetzlich gestützte rasche Integration sowie Einbürgerungsmöglichkeit nach 8 Aufenthaltsjahren und Abbau aller diskriminierenden Hürden im Gesellschafts- und Berufsleben.
- Die Familien-, Jugend- und Bildungspolitiken sind den realen gesellschaftlichen Verhältnissen und den absehbaren Herausforderungen anzupassen und ebenfalls konsequent nach dem Potenzialansatz zu modernisieren. Bildung und Forschung sind als wirtschaftliche Zukunftssicherung zu betrachten und mit dem Ziel, einen internationalen Spitzenplatz zu erreichen, zu verstärken.
- Die bereits heute existierenden Integrationsprogramme in vielen Kantonen und Gemeinden sind zügig dem tatsächlichen (Nachhol-)Bedarf anzupassen und somit stark auszubauen. Der heutige Bundesbeitrag von Fr. 14 Mio. ist auf Fr. 30 Mio. anzuheben. Diese Anhebung ist aufgrund des hohen direkten staatlichen und volkswirtschaftlichen Nutzens von Integrationsmassnahmen gerade in Sparzeiten dringend angezeigt. Diese Investition in das menschliche Potenzial entspricht auch der Logik des Forschungs- und Industrielandes Schweiz. Mit dem Verzicht auf wenig wertschöpfende weitere Tunnelbauten oder auf absurde Subventionen (wie die Förderung des Tabakanbaus im Regenland Schweiz) lässt sich diese Investition sinnvoll kompensieren.
- Das Sozialversicherungs- und Steuersystem ist auf die Solidarität zwischen allen Generationen auszurichten, namentlich auch zwischen den Hochbetagten, jungen Rentnern und Erwerbstätigen. Junge Familien sind zu entlasten.
- Die Verfassung ist als Rahmen der Eidgenossenschaft mit Sorgfalt zu pflegen und mittelfristig von widersprüchlichen, diskriminierenden Bestimmungen (wie das Minarettverbot) zu entlasten. Symbolpolitik und Bewirtschaftung von Ressentiments ist durch seriöse, wirkungsvolle Politik zu ersetzen, welche die

Ängste der Bevölkerung überzeugend aufnimmt und beantwortet. Integration ist als Element der strategischen Landesentwicklung zum Wohle und Nutzen aller Menschen im Lande zu gestalten.

So schreiben wir die Erfolgsgeschichte des Migrationslandes Schweiz selbstbewusst fort und tragen zur mentalen Verjüngung bei, so dass auch eine demografisch alternde Schweiz trotzdem zuversichtlich in die Zukunft blicken kann.

Angaben zum Autor:

- Thomas Kessler, mult. Dipl. ing. agr.
- Leiter Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt (Strategische Planung, Controlling der Gesamtpolitik, Fachstellen Stadtwohnen, Stadtteilentwicklung und Grundlagen und Strategien), seit 2009
- 1998-2008: Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen des Kantons Basel-Stadt, Leiter Integrationsstelle BS, Leiter Anlaufstelle betreffend Rassendiskriminierung
- Internationale Entwicklungskooperation 1981-1991, Kantonsrat ZH 1987-91, Drogenforschung seit 1977, Drogendelegierter BS 1991-98, Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen EKDF und der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen